

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU

ÖPNV statt Führerschein – ein attraktives Angebot für Seniorinnen und Senioren schaffen

In vielen Städten gibt es das bereits: Ältere Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer verzichten auf ihre Fahrerlaubnis und bekommen stattdessen für einen begrenzten Zeitraum freie Fahrt im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Viele ältere Autofahrerinnen und Autofahrer fühlen sich im Verkehr nicht mehr so sicher. Zwar gehören sie keinesfalls zur größten Gruppe der Unfallverursacher, da sie häufig nur tagsüber auf kurzen – meist bekannten Strecken – unterwegs sind und eine defensive Fahrweise bevorzugen. Trotzdem lässt nachgewiesenermaßen das Reaktionsvermögen mit zunehmendem Alter nach. Deswegen gibt es viele ältere Seniorinnen und Senioren, die trotz vorhandener Fahrerlaubnis aus einer selbst gefühlten Unsicherheit heraus von ihrer Fahrerlaubnis keinen Gebrauch mehr machen, da sie sich und andere nicht gefährden wollen. Eine erzwungene Überprüfung der Fahrfähigkeit empfinden viele Ältere als bevormundend und Einschränkung ihrer Lebensqualität.

Städte, die eine freiwillige Abgabe der Fahrerlaubnis mit einem Freifahrtticket für den öffentlichen Nahverkehr fördern, verzeichnen eine zunehmende Akzeptanz dieses Angebots. In Bremerhaven wurde es vor neun Jahren geschaffen. Inzwischen haben mehr als 2 000 ältere Autofahrerinnen und Autofahrer ihren Führerschein zurückgegeben. Stattdessen nutzen sie für sechs Monate kostenfrei die Angebote der Verkehrsgesellschaft der Seestadt. Viele wurden in der Folgezeit dauerhaft Kundinnen/Kunden des ÖPNV-Angebotes.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, in Absprache mit Polizei, Straßenverkehrswacht und Bremer Straßenbahn AG (BSAG)/Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen (VBN) ein Konzept zu entwickeln, das es Bremer Seniorinnen/Senioren ermöglicht, bei Rückgabe der Fahrerlaubnis für sechs Monate mit einem nicht übertragbaren Ticket gratis die Angebote der BSAG/des VBN zu nutzen.
2. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, eine begleitende Nutzerbefragung zu organisieren, um Zufriedenheit und Verbesserungsmöglichkeiten aber auch die finanziellen Auswirkungen durch Mehraufwendungen und zusätzliche Erlöse zu ermitteln.
3. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, ältere Menschen über bestehende Angebote und Dienstleistungen in ihrem Umfeld in geeigneter Weise zu informieren, um ihnen die freiwillige Abgabe des eigenen Führerscheines zu erleichtern.

Heike Sprehe, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Ralph Saxe, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Heiko Strohmann, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU